

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm-Förster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/20034 –**

Kennzeichnungspflicht für Corona-Staatshilfen

A. Problem

Im Zuge der Corona-Pandemie haben Bundesregierung und Bundestag staatliche Hilfen in Form von Garantien, Krediten und Direktzahlungen für Unternehmen und Bürger beschlossen. Geht es nach den Wünschen vieler Unternehmer, soll der Staat auch bei solchen Unternehmen kein Mitsprache- und Kontrollrecht erlangen, die er mit zum Teil erheblichen Mitteln vor dem Konkurs bewahrt. Die Staatshilfen sind aber Steuern und Beiträge aller Bürgerinnen und Bürger. Daher hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, wohin diese Hilfen gehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20034 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 167. Sitzung am 19. Juni 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/20034** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass

1. die Bereitstellung von staatlichen Hilfen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, an die Bedingung geknüpft ist, dass die Hilfennehmer - ab einer Betriebsgröße von 250 Mitarbeiter/innen - an geeigneter Stelle auf diese Unterstützung hinweisen. Das soll für Hilfen der Bundesagentur für Arbeit, soweit diese aus dem Bundeshaushalt besichert oder finanziert werden, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und insbesondere für solche des Bundeshaushaltes gelten.

Der Förderhinweis soll für die Dauer von zwei Jahren seit Beginn der Hilfen durch die Verwendung des entsprechenden Logos der Bundesrepublik Deutschland und durch folgenden Textbaustein umgesetzt werden, welcher die Unterstützung von Seiten des Staates deutlich erkennen lässt: „Unterstützt durch Corona-Hilfen der Bundesrepublik Deutschland“.

2. ein der Öffentlichkeit zugängliches Register geschaffen wird, das erkennen lässt, welche Unternehmen welche Corona-Hilfe in Anspruch nehmen bzw. genommen haben.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/20034 in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/20034 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/20034 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 1. Juli 2020

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Dennis Rohde
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatte

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller

